

Polizei

Mehr heimliche Fahndungen

Die Zahl der europaweiten Fahndungen ist in den vergangenen zwei Jahren um nahezu die Hälfte gestiegen. Während im Schengener Informationssystem (SIS) am 1. Oktober 2016 gut 89 000 Personen zur „verdeckten oder gezielten Kontrolle“ ausgeschrieben waren, verzeichnete SIS am 1. Januar 2018 mehr als 129 000 zu kontrollierende Personen. Das steht in der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Linkspartei. Das SIS beruht auf den Polizeidatenbanken von knapp 30 Staaten in

Europa. Jedes Land kann eine Person zur verdeckten Fahndung ausschreiben. Wenn diese in einem anderen Land auftaucht, wird die ausschreibende Behörde informiert, ohne dass der Betroffene unterrichtet werden muss. Der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko ist besorgt: „Mit dem Phänomen des islamistischen Terrorismus allein sind die gestiegenen Ausschreibungen nicht zu erklären. Europol meldet eine vierstellige Zahl ausländischer Kämpfer, die in 2017 hinzugekommenen Ausschreibungen getragen aber in etwa das Achtfache.“ Es müsse geklärt werden, warum immer Menschen heimlich verfolgt würden, so Hunko. kno

Koalitionen

Viel versprochen – viel gehalten

Die Große Koalition ist besser als ihr Ruf. In der vergangenen Legislaturperiode setzten Union und SPD von 188 konkreten Vorhaben, die sie in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben hatten, nahezu 80 Prozent ganz oder teilweise um. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, die nächste Woche veröffentlicht wird. Sie bestätigt eine Analyse des SPIEGEL vom September („Die kleine Koalition“, Heft 38/2017). Laut Studie wurden 120 Vorhaben vollständig verwirklicht, 28 immerhin zum Teil. Damit lag die schwarz-rote Merkel-Gabriel-Regierung im historischen wie im internationalen

Vergleich deutlich vorn: Die Bundesregierungen von 2002 bis 2013 setzten ihre Vorhaben im Schnitt nur zu etwa 60 Prozent um. Ähnlich hoch liegen die Erfüllungsquoten in anderen westlichen Demokratien. Der aktuelle Wert steht im Gegensatz zur landläufigen Meinung: Nur 13 Prozent der Wahlberechtigten glauben laut der Bertelsmann-Studie, dass die Bundesregierung den größten Teil ihrer Versprechen auch hält. Die „vergleichsweise guten Werte“, heißt es in der Studie, „hängen auch mit der Dauer und Zusammensetzung deutscher Koalitionsregierungen zusammen“. Als Faustregel gelte: Je weniger Parteien beteiligt sind und je länger sie regieren, desto mehr Versprechen erfüllen sie. rei



Kabinettsklausur in Schloss Meseberg 2014



Grundschülerinnen in Hamburg

Schule

School-Life-Balance

Mehr als die Hälfte aller Eltern (54 Prozent) glaubt, dass ihr Kind weniger Freizeit hat, als sie während ihrer eigenen Schulzeit hatten. Das ergab eine Studie im Auftrag von „Duden Learnattack“, für die das Meinungsforschungsinstitut YouGov 1000 Eltern von Schulkindern im Alter von 5 bis 19 Jahren zur sogenannten School-Life-Balance online befragt hat. 39 Prozent der Eltern finden, ihrem Kind bleibe nach der Schule nicht genug Zeit für Freunde, Familie und Hobbys. Fast genauso viele gaben an, ihr Sohn oder

ihre Tochter habe schon einmal wegen Schulstress auf ein Hobby verzichten müssen. Knapp 70 Prozent sagten, ihr Kind empfinde im Schulalltag „ein gewisses Maß an Stress“. Schuld daran seien der Leistungsdruck in der Schule, die Leistungskontrollen und die Hausarbeiten. Das Thema Hausaufgaben polarisiert: 45 Prozent finden, ihre Kinder hätten zu viele Hausaufgaben auf; 52 Prozent sehen das nicht so. Der Stress der Kinder wirkt sich auch auf die Erwachsenen aus: 46 Prozent fühlen sich bei der Unterstützung ihres Kindes im Lernalltag selbst gestresst. lab, olb

Tafeln

Germany first

Die nordrhein-westfälische Landesregierung kritisiert die Entscheidung der Essener Tafel, vorübergehend nur Neukunden mit deutschem Personalausweis anzunehmen. Der Verein, der wöchentlich rund 6000 Menschen mit Lebensmittelspenden und gelegentlich Haushaltsgeräten versorgt, begründete die neue Regel damit, dass „der Anteil ausländischer Mitbürger bei unseren Kunden auf 75 Prozent angestiegen“ sei. NRW-Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) hält den Ausschluss Nichtdeutscher für falsch: „Entscheidend kann nur die Bedürftigkeit, nicht

die Herkunft sein.“ Auch die Dachorganisation Tafel Deutschland appellierte an die Verantwortlichen in Essen, die Regelung zu überdenken. Jörg Sartor, Vorsitzender der Essener Tafel, ficht die Kritik nicht an: „Die deutsche Oma oder die allein-erziehende deutsche Mutter haben sich bei uns zuletzt nicht mehr wohlfühlt.“ Unter den Syrern und Russlanddeutschen gebe es „ein Nehmer-Gen“, so Sartor. Einige würden drängeln und schubsen, es fehle an „einer Anstellkultur“. Pro Woche würden nun rund 60 Personen ohne deutschen Pass abgewiesen, um wieder „ein ausgewogenes Verhältnis“ herzustellen. le